

Fall 1: Grenzen der Meinungsfreiheit im Strafverfahren

Themenschwerpunkte: Zulässigkeit und Begründetheit der Verfassungsbeschwerde – Beschwerdebefugnis bei der Überprüfung einer fachgerichtlichen Entscheidung – Schutzbereich des Grundrechts der Meinungsfreiheit (Begriff der „Meinung“, Tatsachenbehauptungen und Werturteile) – Schranken der Meinungsfreiheit (Schrankentrias, Begriff der „allgemeinen Gesetze“) – Verfassungsmäßigkeit von Schrankenregelungen nach Maßgabe des Übermaßverbots – Bestimmtheitsgebot bei Strafgesetzen – Prüfungsumfang und Prüfungsdichte bei der Urteilsverfassungsbeschwerde.

Sachverhalt: B wurde von der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts des gewerbsmäßig begangenen Betrugs in Tateinheit mit gewerbsmäßig begangener Urkundenfälschung angeklagt. Zuvor war B zahlungsunfähig geworden. Über die Anklage wurde auf Grund eines Schreibens des B „an die Weltpresse“ (lediglich) in der Z-Zeitung kurz berichtet. Das zuständige Landgericht (Große Strafkammer) ließ die Anklage durch Beschluss teilweise zu und eröffnete insoweit das Hauptverfahren; im Übrigen wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Als Beweismittel waren u. a. 15 Zeugen vorgesehen.

B stellte den Beschluss des Landgerichts sowie diejenigen Teile der Anklageschrift, hinsichtlich derer das Hauptverfahren eröffnet worden war, auf seiner Homepage als Download zur Verfügung; dort konnten die Schriftstücke in vollem Wortlaut eingesehen werden. Das daraufhin von der Staatsanwaltschaft eingeschaltete zuständige Amtsgericht sprach B der verbotenen Mitteilung über Gerichtsverhandlungen (§ 353d Nr. 3 StGB) schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Die Berufung des B blieb beim zuständigen Landgericht erfolglos; dabei legte das Gericht dar, dass Verfassungsrecht der Strafbarkeit des B nicht entgegenstehe, zumal die Gefahr einer Beeinflussung von Laienrichtern und Zeugen bestanden habe. Das Oberlandesgericht verwarf die Revision des B einstimmig als unbegründet, da Rechtsfehler nicht erkennbar seien.

Nun erhebt B form- und fristgerecht Verfassungsbeschwerde beim BVerfG. B rügt die Verletzung seines Grundrechts der Meinungsfreiheit. Da er selbst der Angeklagte gewesen sei, könne er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe des Betrugs und der Urkundenfälschung doch wohl öffentlich zugänglich machen. In der Sache habe die ursprüngliche Anklage der Staatsanwaltschaft seine wirtschaftliche Existenz vernichtet, so dass die Veröffentlichung der Anklageschrift und des Eröffnungsbeschlusses faktisch eine Notstandshandlung dargestellt habe. Sollte eine Bestimmung des StGB dennoch seine Strafbarkeit begründen, sei jene Norm wegen Missachtung der Meinungsfreiheit verfassungswidrig; jedenfalls könne eine Strafbestimmung in seinem Fall auf Grund des Analogieverbots nicht angewendet werden, zumal er die ihn betreffende Veröffentlichung aus eigenem Willensentschluss vorgenommen habe.

Hat die Verfassungsbeschwerde Erfolg? – *BVerfG-K*, Beschl. v. 27.6.2014 – 2 BvR 429/12 – NJW 2014, 2777 = *Satzger*, JK 12/14, StGB § 353d/1 = JA 2015, 77 (*Muckel*).

Vermerk:

1. Das Annahmeverfahren nach §§ 93a ff. BVerfGG ist nicht zu prüfen.
2. Nach § 353d Nr. 3 StGB wird bestraft, „wer die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens ... ganz oder in wesentlichen Teilen, im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist“.

3. In einem Verfahren der konkreten Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG) hat das BVerfG (E 71, 206) entschieden (Tenor): „§ 353d Nr. 3 StGB ist mit dem Grundgesetz vereinbar, soweit die in dieser Bestimmung unter Strafe gestellte wörtliche öffentliche Mitteilung der Anklageschrift oder anderer amtlicher Schriftstücke ohne oder gegen den Willen des von der Berichterstattung Betroffenen erfolgt ist.“

Hinweise zur Vertiefung:

1. Zum Grundrecht der Meinungsfreiheit und dessen Schranken

a) aus der Rechtsprechung

- *BVerfGE* 124, 300 = *NJW* 2010, 47 (m. Bespr. *Volkman* S. 417) = *DVBl* 2010, 41 (m. Anm. *Holzner* S. 48 und Bespr. *Hong* S. 1267) = *JZ* 2010, 298 (m. Anm. *Deegenhart* S. 306 und *Hörnle* S. 310 sowie Bespr. *Höfling/Augsberg* S. 1088): Vereinbarkeit eines nicht allgemeinen Gesetzes (§ 130 Abs. 4 StGB) mit Art. 5 Abs. 1 und 2 GG; dazu *Lepsius*, Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Sonderrecht, *JURA* 2010, 527;
- *BVerfG-K*, *NJW* 2010, 3501 = *EuGRZ* 2010, 649 = *Schoch*, *JK* 2/11, GG Art. 5 I 1/44 = *Hufen*, *JuS* 2011, 570 = *JA* 2011, 72 (*Muckel*): Bezeichnung von Milchprodukten als „Gen-Milch“ zulässige Meinungsäußerung; Bestätigung von *BGH*, *NJW* 2008, 2110 (m. Bespr. *Gostomzyk* S. 2082) = *ZLR* 2008, 499 (m. Anm. *Vendt*) = *Coester-Waltjen*, *JK* 9/08, BGB § 823 I/18 = *JuS* 2008, 1015 (*Hufen*);
- *BVerfG-K*, *NJW* 2012, 3712 = *AfP* 2012, 549 = *MMR* 2013, 127 = *Hufen*, *JuS* 2013, 372 = *JA* 2013, 158 (*Muckel*): Bezeichnung eines Rechtsanwalts als „rechts-extrem“ und „rechtsradikal“ zulässige Meinungsäußerung;
- *BVerfG-K*, *NVwZ* 2013, 1405 (m. Anm. *Steinbach*) = *DVBl* 2013, 1255 (m. Anm. *Frenz*) = *K&R* 2013, 648 (m. Anm. *Ladeur*) = *NJW* 2013, 3021 = *Kingreen*, *JK* 3/14, GG Art. 2 I i. V. m. 1 I und Art. 5 = *Hufen*, *JuS* 2014, 89 = *JA* 2013, 875 (*Muckel*): Bezeichnung einer Rechtsanwaltskanzlei als „Winkeladvokatur“ zulässige Meinungsäußerung;
- *BVerfG-K*, *DVBl* 2013, 1382 (m. Anm. *Steinbach*) = *ZUM* 2013, 793 (m. Anm. *Ladeur*): Abgrenzung zulässiger Meinungsäußerung von Schmähkritik bei überzogener Kritik an Behörde;
- *BVerfG-K*, *NJW* 2014, 764 = *AfP* 2014, 133 = *ZUM* 2014, 223 (m. Anm. *Ladeur*) = *JA* 2014, 551 (*Muckel*): Bezeichnung einer Person als „durchgeknallt“ missachtet das allgemeine Persönlichkeitsrecht, keine Rechtfertigung durch Meinungsfreiheit;
- *BVerfG-K*, *NJW* 2014, 3357 = *ZUM* 2014, 965 (m. Anm. *Ladeur*) = *Hufen*, *JuS* 2015, 283 = *JA* 2015, 155 (*Muckel*): polemische und überspitzte Kritik an Richterin keine Schmähkritik;

b) aus der Ausbildungsliteratur

- systematisch: *Epping/Lenz*, Das Grundrecht der Meinungsfreiheit, *JURA* 2007, 881; *Sonder*, Zu den Grenzen der Meinungsfreiheit innerhalb politischer Parteien, *JURA* 2011, 355; *Shmatenko*, Verfassungsmäßigkeit von Einheitsverpackungen (Plain Packaging) bei Zigaretten, *JURA* 2013, 74;

- Fallbearbeitungen: *Staufer*, Die unfaire Professorenbewertung, JURA 2009, 549; *Brugger/Schaefer*, Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, JuS 2009, 640; *Breder/Przygoda*, Meinungsfreiheit im Eilrechtsschutz, JuS 2010, 1004 (auch zur Versammlungsfreiheit, prozessual Eilverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO). – Zur Einführung (Anfängerklausur) *Frenzel*, „Marmor, Stein und Eisen bricht ...“, JuS 2013, 37 (Meinungsfreiheit und Kunstfreiheit bei zivilrechtlicher Streitigkeit).
2. Zu Art. 103 Abs. 2 GG
- a) aus der Rechtsprechung
 - *BGH*, NJW 2007, 524 = *Satzger*, JK 5/07, GG Art. 103/2: Analogieverbot im Strafrecht;
 - *BVerfG-K*, NJW 2010, 754 = *Ehlers*, JK 8/10, GG Art. 103 II/5: Geltung des Art. 103 Abs. 2 GG bei OWi-Tatbestand und Anforderungen an dessen Auslegung (am Beispiel von Ruhestörung durch Klavierspiel);
 - *BVerfGE* 126, 170 = NJW 2010, 3209 = *Satzger*, JK 3/11, StGB § 266 I/36: Vereinbarkeit des Untreuetatbestands mit Art. 103 Abs. 2 GG; dazu Bespr. *Böse*, JURA 2011, 617;
 - *BVerfG-K*, NVwZ 2012, 504: Bestimmtheitsanforderungen an Blankettgesetze (Blanketttatbestand i. V. m. ausfüllender Behördenentscheidung); ferner *BGH*, NJW 2014, 325 = *Bosch*, JK 5/14, GG Art. 103 II/7;
 - b) aus der Ausbildungsliteratur: *Appel*, Zur grundrechtsdogmatischen Einordnung von Art. 103 Abs. 2 und 3 GG, JURA 2000, 571.
3. Zur Verfassungsbeschwerde (VB) gem. Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG [weitere Nachw. zu Fall 8]
- a) aus der Rechtsprechung
 - *BVerfGE* 115, 81 = NVwZ 2006, 922 (m. Bespr. *Fellenberg/Karpenstein* S. 1133 mit Erwiderung *Weidemann* S. 1259) = JZ 2006, 1021 (m. Bespr. *Schenke* S. 1004) = *Ehlers*, JK 1/07, BVerfGG § 90 II/9 = JuS 2006, 1012 (*Sachs*): Subsidiarität der VB gegen Verordnung, Vorrang der Feststellungsklage (§ 43 VwGO);
 - *BVerfGE* 122, 190 = NJW 2009, 829 = JuS 2009, 558 (*Sachs*): Lauf der Monatsfrist für VB bei Gegenvorstellung;
 - *BVerfG-K*, NVwZ 2009, 1156: VB gegen Akte ausländischer Staaten nicht statthaft (Auslieferung im „Fall Demjanjuk“);
 - *BVerfG-K*, NJW 2011, 3706 = DVBl 2012, 99 (m. Anm. *Koreng*): zulässige VB gegen OVG-Eilentscheidung;
 - b) aus der Ausbildungsliteratur: *Geis/Thirmeyer*, Grundfälle zur Verfassungsbeschwerde, JuS 2012, 316; *Thiemann*, Verfassungsbeschwerde und konkrete Normenkontrolle im Lichte des Unionsrechts, JURA 2012, 902; *Peters/Markus*, Die Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde, JuS 2013, 887.

Fall 2: Eilantrag beim BVerfG wegen Versammlungsverbot

Themenschwerpunkte: Zulässigkeit und Begründetheit eines Eilantrags nach § 32 BVerfGG – Entscheidungsmaßstab und Prüfungsmethode im verfassungsgerichtlichen Eilverfahren (materiell-inakzessorisches Prüfungsmodell; Doppelhypothese und Folgenabwägung; Prüfung der Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde im Versammlungsrecht) – Schutz der Versammlungsfreiheit (Meinungsäußerung in und durch Versammlung) – Anforderungen an eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ – Gefährdung der öffentlichen Ordnung als Grundlage einer Verbotsverfügung – Übermaßverbot bei versammlungsbehördlichen Maßnahmen.

Sachverhalt: A meldete bei der zuständigen Versammlungsbehörde für den kommenden Samstag eine Versammlung in der Stadt S samt Aufzug unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – für freie Völker in einer freien Welt“ mit einer zu erwartenden Teilnehmerzahl von etwa 1.000 Teilnehmern an (Fünfter Antikriegstag). Mit einer an A als Versammlungsleiter adressierten Verbotsverfügung untersagte die Behörde die geplante Versammlung unter Hinweis auf das zu erwartende Erscheinen von Demonstranten aus der Szene der „Autonomen Nationalisten“ wegen der unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gemäß § 15 Abs. 1 VersG und erklärte das Verbot für sofort vollziehbar. Hintergrund ist der Umstand, dass Mitglieder aus der Szene der „Autonomen Nationalisten“ für die von A angemeldete Versammlung initiativ geworden sind. Im Internet propagierten Anhänger der „Autonomen Nationalisten“ Ziele, Selbstverständnis und Taktik des „Schwarzen Blocks“; danach behalte man sich bei hinreichender Provokation, sei es durch Gegendemonstranten oder durch Polizeikräfte, als letztes Mittel vor, aus der Anonymität der Menge heraus Gewalt anzuwenden. Außerdem, so die Behörde, sei es auch bei früheren extremistischen Versammlungen (z. B. dem letztjährigen Antikriegstag) zu vereinzelt tätlichen Auseinandersetzungen gekommen. Zudem müsse bezweifelt werden, dass A die notwendige Bereitschaft bzw. Fähigkeit zur Sicherstellung der Ordnung in der Versammlung habe. Schließlich sei bei Versammlungen von Extremisten erfahrungsgemäß mit Straftaten, z. B. nach § 130 StGB, zu rechnen. Von der Verwaltung könne nicht verlangt werden, extremistische Umtriebe zu dulden.

A erhob sofort Widerspruch, über den noch nicht entschieden ist. Erfolglos beantragte A die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes beim VG und VGH. Die unlängst ergangenen gerichtlichen Eilentscheidungen bestätigen das Versammlungsverbot sowie deren Begründung. Ergänzend ist zur Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgeführt, die Ideologie der „Autonomen Nationalisten“ sei mit der Werteordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar; deshalb sei verfassungsimmanente Beschränkungen der Versammlungsfreiheit auch unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Tatbestände Rechnung zu tragen.

A bestreitet, extremistisches Gedankengut zu vertreten und zu verbreiten. Er erhebt gegen das gerichtlich bestätigte Versammlungsverbot Verfassungsbeschwerde und beantragt beim BVerfG ferner den Erlass einer einstweiligen Anordnung mit dem Ziel, dass die für Samstag geplante Veranstaltung stattfinden kann. A hält die von der Behörde und den Gerichten angenommene Gefahrenlage für übertrieben, zumal die Zahl der „Autonomen Nationalisten“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit – was zutrifft – auf etwa 480 Personen geschätzt werde. Zudem weist A darauf hin, dass auf seinem Internetportal „Antikriegstag“ die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung des Demonstrationsanliegens abgelehnt werde.

Wie wird das BVerfG über den Eilantrag des A entscheiden? – Fall in Anlehnung an *BVerfG*, Beschl. v. 4.9.2009 – 1 BvR 2147/09 – NJW 2010, 141.

Hinweise zur Vertiefung:

1) Zur Versammlungsfreiheit

a) aus der Rspr. des BVerfG

- *BVerfG-K*, NVwZ-RR 2010, 625 = *Ehlers*, JK 1/11 GG Art. 8/28 = JuS 2010, 937 (*Sachs*) = JA 2010, 839 (*Durner*): verfassungswidrige versammlungsrechtliche Auflage (polizeiliche Durchsuchung aller Teilnehmer einer Versammlung);
- *BVerfG-K*, NVwZ 2011, 422 = JA 2011, 555 (*Muckel*): Verlust des Schutzes einer Versammlung gem. Art. 8 GG grundsätzlich nur bei kollektiver Unfriedlichkeit;
- *BVerfG-K*, NJW 2011, 3020 = JZ 2011, 685 (m. Anm. *Offenloch*): Strafbarkeit (§ 240 StGB) der Teilnahme an einer Sitzblockade;
- *BVerfG-K*, NVwZ 2012, 749 = *Ehlers*, JK 7/13, GG Art. 8/30: zeitliche Verlegung einer Demonstration durch Behörde (prozessual: § 32 BVerfGG als Folgenabwägung);
- *BVerfG-K*, NVwZ 2013, 570 = EuGRZ 2013, 76 = DVBl 2013, 367 = *Schoch*, JK 8/13, GG Art. 19 IV/33 = JA 2013, 639 (*Muckel*): Schutz der Versammlungsfreiheit für Gegner der FDGO, VB gegen verwaltungsgerichtliche Eilentscheidung;
- *BVerfG-K*, NJW 2014, 2706 = DVBl 2014, 1188 = JA 2015, 237 (*Muckel*): Schutz einer Versammlung auf einem Friedhof (Verletzung des Art. 8 Abs. 1 GG durch Bußgeld wegen Verstoßes gegen eine Friedhofssatzung und Belästigung der Allgemeinheit gem. § 118 Abs. 1 OWiG);
- *BVerfG-K*, NVwZ 2014, 1453 = JA 2015, 157 (*Muckel*): unzulässige Sanktionierung einer Lautsprecherdurchsage bei Versammlung („Bullen raus“) mit Bußgeld;

b) aus der Ausbildungsliteratur (auch unter gefahrenabwehrrechtlichen Vorzeichen)

- systematisch: *Höfling/Krohne*, Versammlungsrecht in Bewegung, JA 2012, 734; v. *Alemann/Scheffczyk*, Aktuelle Fragen der Gestaltungsfreiheit von Versammlungen, JA 2013, 407; *Trurnit*, Grundfälle zum Versammlungsrecht, JURA 2014, 486;
- Fallbearbeitungen: *Riedel*, Die Polizei in der Versammlung, JURA 2010, 144 mit Erwiderung *Ketterer/Sauer*, JURA 2010, 717; *C. Neumann*, Piusaufzug mit Hindernissen, JURA 2013, 139; *Frenzel/Städele*, Heiden-Spaß an Karfreitag?, JuS 2013, 245; *Büchler/Grosche*, Mahnende Besen kehren aus, JURA 2014, 1163; *Thomas*, Verlegung einer politischen Versammlung am „Holocaust-Gedenktag“, JURA 2015, 528. – Zur Einführung (Anfängerklausur) *Stein/Janson/Pötzsch*, Sitzblockade im Hauptbahnhof, JuS 2014, 708;

c) unter europarechtlichen Vorzeichen

- EU-Recht: *EuGH*, Slg. 2003, I-5659 = EuZW 2003, 592 (m. Anm. *B. Koch*) = NJW 2003, 3185 = DVBl 2003, 1200 = *Schoch*, JK 11/03, EGV Art. 28/3 = JA 2004, 363 (*Trautwein*) = JuS 2004, 429 (*Streinz*): Blockade der Brenner-Autobahn (kein Verstoß gegen die Warenverkehrsfreiheit durch staatliches Unterlassen); dazu Fallbearbeitungen: *Siemen*, Blockade eines Schlachthofs, JuS 2005, 251; *Lohse*, Milchbauern in Aufruhr, JURA 2009, 458;

- EMRK: *EGMR*, NVwZ 2010, 1139: Autobahnblockade durch streikende Lkw-Fahrer (Bestrafung als gerechtfertigter Eingriff in das Recht auf Versammlungsfreiheit, Art. 11 EMRK).
- 2) Zur einstweiligen Anordnung (eAO) nach § 32 BVerfGG
- a) aus der Rspr.
- aa) bzgl. Aussetzung eines Gesetzes
- *BVerfGE* 104, 23 = DVBl 2001, 1141 = NJW 2001, 3253 = JuS 2002, 80 (*Sachs*): vorläufige Außerkraftsetzung des Altenpflegegesetzes;
 - *BVerfGE* 104, 51 = DVBl 2001, 1353 = NJW 2001, 2457: keine eAO gegen LPart-DisG; dazu Bespr. *Schoch*, JURA 2001, 833;
 - *BVerfGE* 117, 126 = NVwZ 2007, 324: teilweise Aussetzung des Inkrafttretens des Hufbeschlaggesetzes 2006;
 - *BVerfGE* 121, 1 = DVBl 2008, 569 = NVwZ 2008, 543 = *Ehlers*, JK 4/09, GG Art. 10 I/4 = JuS 2008, 737 (*Sachs*): teilweise Aussetzung des Vollzugs der Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung;
 - *BVerfGE* 131, 47 = NJW 2012, 1941 = DVBl 2012, 830 = *Schoch*, JK 11/12, BVerfGG § 32/9: eAO gegen ein vom Bundespräsidenten ausgefertigtes Gesetz vor dessen Verkündung wegen drohender schwerer Nachteile für die Berufsfreiheit [VB];
 - *BVerfG-K*, NJW 2015, 1815: keine eAO gegen die gesetzliche Einführung des „Bestellerprinzips“ für Maklerprovisionen wegen Fehlens hinreichend schwerwiegender Nachteile durch den Gesetzesvollzug bis zur Hauptsacheentscheidung [VB];
 - *BVerfG*, Beschl. v. 9.10.2015 – 1 BvR 1571/15 u. a. –: keine eAO gegen das Gesetz zur Tarifeinheit mangels hinreichend gewichtiger Nachteile der Spartengewerkschaften im Zeitraum bis zur Hauptsacheentscheidung [VB];
- bb) zu Einzelfallmaßnahmen
- *BVerfGE* 106, 51 = NVwZ-RR 2003, 85: eAO zur Vorlage von Akten durch Regierung [Organstreit];
 - *BVerfGE* 108, 34 = NJW 2003, 2373 = JZ 2003, 897 (m. Anm. *Rupp*): keine eAO bzgl. AWACS-Einsätzen der Bundeswehr über der Türkei [Organstreit];
 - *BVerfGE* 108, 238 = NJW 2003, 2598: eAO gegen Zustellung einer Sammelklage (nach US-Recht) [VB];
 - *BVerfGE* 113, 113 = DVBl 2005, 1038 = DÖV 2005, 823, NJW 2005, 2537 (m. Bespr. *Lenz* S. 2495): eAO zwecks Fortsetzung des Visa-Untersuchungsausschusses [Organstreit];
 - *BVerfG-K*, NJW 2009, 2117: Beschränkung der Presseberichterstattung durch sitzungspolizeiliche Anordnung [VB]; ähnlich *BVerfG-K*, NJW 2012, 2178;
 - *BVerfGE* 126, 158 = NJW 2010, 2418: keine vorläufige Aussetzung des Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetzes [VB]; ähnlich *BVerfG-K*, NVwZ 2013, 858 („Zypern-Hilfe“);

- *BVerfG-K*, NJW 2013, 1293 (m. Anm. *Zuck*) = DVBl 2013, 719 (m. Anm. *Frenz*): eAO zur Vergabe von Sitzplätzen an ausländische Medienvertreter im NSU-Strafverfahren [VB];
- *BVerfG-K*, NJW 2014, 3013: eAO gegen sitzungspolizeiliche Anordnung (§ 176 GVG) zwecks Sicherung der Presseberichterstattung (Ton- und Bildaufnahmen unmittelbar vor bzw. nach einer Verhandlung);
- *BVerfG-K*, NJW 2015, 2485: eAO gegen ein privates Hausverbot zwecks Sicherung einer Versammlung im öffentlichen Raum („Flashmob“);

b) aus der Ausbildungsliteratur

- systematisch: *Niesler*, Die einstweilige Anordnung nach § 32 BVerfGG in der Fallbearbeitung, JURA 2007, 362; *Schoch*, Vorläufiger Rechtsschutz durch das Bundesverfassungsgericht, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, 2009, § 19 (= S. 455 ff.); *Bäcker*, Die einstweilige Anordnung im Verfassungsprozessrecht, JuS 2013, 119;
- Fallbearbeitungen (Referendarexamensklausuren): *Molsberger*, Der Anspruch auf Re-sozialisierung oder: Die Band und der böse Bube, JuS 2007, 560; *Stumpf*, Ora et cena: Das (ge-)wichtige Recht der Religionsfreiheit, JuS 2014, 1110.